

# Mehr „Verbraucherschutz“!

Vielleicht, so ist zu hoffen, werden die 7. Bitburger Gespräche der Gesellschaft für Rechtspolitik demaleinst als eine Wegmarke in der Nachkriegsentwicklung des Rundfunks angesehen werden. Noch nie war von einer so stattlichen Anzahl prominenter Rechtsgelehrter – darunter etliche Bundesverfassungsrichter – so klar und entschieden festgestellt worden, daß es mit dem herkömmlichen öffentlich-rechtlichen System des Rundfunks, besonders seiner paralyisierten Kontrolle, so nicht weitergehen dürfe und angesichts der neuen Möglichkeiten der sogenannten Telekommunikation auch die private Trägerschaft eingeführt werden müsse. Einer der Autoren des „Fernsehurteils“ des Bundesverfassungsgerichts von 1961, Prof. Geiger, betonte, daß dieses Urteil rebus sic stantibus (an den bestehenden Umständen orientiert) ergangen sei und keineswegs die Teilnahme privater Organisationen am Rundfunk und Fernsehen ausschließe. Ein anderer Gelehrter legte dar, daß das Grundgesetz die Beteiligung privater Kräfte schon bei den sogenannten Pilotprojekten gebiete. Wichtigste politische Prämisse für all diese Feststellungen und Forderungen war, daß sich im herkömmlichen Rundfunk zuviel linke, unkontrollierte Meinungsmacht angehäuft habe, so daß ein „Verbraucherschutz“ für die Rundfunkteilnehmer dringend geboten sei.

Als wolle er diese Thesen belegen, meldete sich denn auch gleich der SPD-Staatssekretär Glotz und kündigte einen „gesellschaftspolitischen“ Krieg ähnlich der Auseinandersetzung über die Ostverträge oder die Wiederbewaffnung an. Der öffentlich-rechtlich gepanzerte Mediensozialismus, von ein paar ahnungslosen Rundfunkreferenten in Länderkanzleien und allzu beflissenen Anstaltsjuristen mitgestützt, rüstet sich nun zur Rundumverteidigung.

Es hätte freilich des symptomatischen Auftritts Glotzens in Bitburg gar nicht bedurft, um die dort geäußerten Sorgen ein weiteres Mal zu bestätigen. Zwei Tage danach wurde bekannt, daß sich NDR-Fernsehdirektor Räucher von der Verantwortung für die Ausstrahlung einer sechsteiligen Folge über den „Betriebsrat“ entbinden ließ. Der Hamburger Intendant Neuffer hatte diese hauptsächlich bei Schulungskursen der IG Metall aufgenommene Reihe vor einem halben Jahr wegen einigen allzu drastischen linken Einseitigkeiten zurückgehalten und ihre Überarbeitung verlangt. Der stellvertretende SPD-Vorsitzende Koschnick, der DGB, die IG Metall und natürlich auch der Redakteursausschuß des NDR (und mit ihm der ein fettes Honorar erwartende Regisseur der Sendung) fielen damals in strammer Solidarität über den Genossen Neuffer her und bedeuteten ihm, daß er in solchen Fällen nichts oder nur wenig in seinem Hause zu entscheiden habe. Daraufhin wurde jeder Folge ein 5-Minuten-Kommentar eines Professor Fitting aus dem Bundesarbeitsministeriums angeklebt, der dem linken Flügel der SPD zugerechnet wird, also die Einseitigkeit der Reihe kaum angetastet haben dürfte. Neuffer ist nun zur Ausstrahlung gezwungen; Räucher wollte da nicht mitmachen.

Außerdem soll Neuffer den Annäherungssozialisten seiner Partei den Gefallen tun, den radikallinken Lutz Lehmann, APO-Lobredner und ehemaliger „Konkret“-Mitarbeiter, anstelle Lothar Loewes nach Ost-Berlin zu schicken; ein Mann, der sich dort aus innerer Neigung bestimmt so weit anpassen wird, daß grundsätzliche Zweifel an

der Glaubwürdigkeit der ARD-Berichterstattung aus dem anderen Deutschland nicht mehr unterdrückt werden würden.

Doch die öffentlich-rechtlichen Anstalten werden nicht nur von „demokratischen Sozialisten“ und ihren liberalistischen Zuarbeitern beherrscht oder neutralisiert – auch Moskaus langer Arm reicht über Bonn in sie hinein. Botho Kirsch, der Leiter der – ohnehin schon tüchtig beschnittenen – Osteuropa-Abteilung der Deutschen Welle, wird im Zuge der duckmäuserischen Vorbereitung Bonns auf die Belgrader KSZE-Konferenz im Sommer seines Postens enthoben. Einer der angesehensten Osteuropa-Fachleute wird gezwungen, sich anderen „publizistischen“ Aufgaben in der Deutschen Welle zuzuwenden. Hiergegen protestiert natürlich kein Redakteursausschuß und keine Gewerkschaft, auch im Adenauer-Haus schweigt man dazu. Im Rundfunkrat der Deutschen Welle haben SPD und FDP die Mehrheit, so daß nun eine alte Forderung Moskaus erfüllt wird und die Genscher-Schranzen der Peinlichkeit enthoben sind, aus der Suite Breschnews bei dessen nächstem Besuch in Bonn auf Sendungen der Deutschen Welle angesprochen zu werden. So verwirklicht sich „Korb 3“ der Schlußakte von Helsinki!

Der Fall Kirsch liefert einen weiteren Aspekt, weswegen die freiheitlichen Kräfte in der Bundesrepublik ihren Platz im Meinungskonzert des Rundfunks früher oder später außerhalb des monopolistisch erstarrten Anstaltssystems zu suchen haben.

ERNST TECKHEIM, Bayern-Kurier – 29. Januar 1977